S 10 U 134/14

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren -Leitsätze -Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 10 U 134/14 Datum 12.01.2017

2. Instanz

Aktenzeichen L 17 U 208/17 Datum 05.12.2018

3. Instanz

Datum 16.03.2021

Â

Die Revision des Klägers gegen das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 5. Dezember 2018 wird zurückgewiesen.

Die Beteiligten haben einander auÄ ergerichtliche Kosten auch des Revisionsverfahrens nicht zu erstatten.

Â

Gründe:

Ι

Â

1

Zwischen den Beteiligten ist streitig, ob der KlĤger unter

Unfallversicherungsschutz stand, als er sich bei der Mithilfe bei dem Bauvorhaben eines Freundes verletzte.

Â

2

Der KlĤger half dem Beigeladenen, einem privaten Bauherrn, bei dessen Bauvorhaben. Am 17.12.2012 brachte er Zierbalken in dem zukù¼nftigen Esszimmer an. Dabei löste sich ein Eisenspan vom MeiÃ□el, wodurch der Kläger eine Augenverletzung erlitt. Der Beigeladene hatte das Eigenbauvorhaben und die Beteiligung privater Helfer vorab bei der Beklagten angemeldet. In der Unfallanzeige teilte der Beigeladene mit, der Kläger habe ihm als Freundschaftsdienst beim Anbringen der Zierbalken geholfen. Er und der Kläger wù¼rden sich gegenseitig häufig Gefälligkeiten erweisen, wie zB Hilfe bei Renovierungsarbeiten. Zu dem Kläger bestehe seit ca 20 Jahren eine freundschaftliche Beziehung (Freundeskreis, Kolping, Jugendferienlager). Der Kläger habe ihm bis zum Zeitpunkt des Unfalls schon ca 36 Stunden bei Trockenbauarbeiten geholfen. Ohne den Unfall hätte der Kläger voraussichtlich noch 10Â Stunden Spachtelarbeiten erbracht.

Â

3

Die Beklagte lehnte die GewĤhrung von Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung ab. Der KlĤger habe am 17.12.2012 keinen Arbeitsunfall erlitten. Weder sei der KlĤger in einem BeschĤftigungsverhĤltnis gestanden noch sei er â∏Wieâ∏Beschäftigterâ∏ gewesen. Seine Tätigkeit habe sich vielmehr im Rahmen dessen bewegt, was üblicherweise unter engen, seit Jahren verbundenen Freunden als Mithilfe aus GefÄxlligkeit geleistet werde (Bescheid vom 28.5.2013 und Widerspruchsbescheid vom 27.3.2014). Mit seiner Klage hat der KlĤger von der Beklagten Anerkennung und EntschĤdigung des Ereignisses als Arbeitsunfall begehrt. Das SG hat die Klage abgewiesen (Urteil vom 12.1.2017), das LSG die Berufung zurļckgewiesen (Urteil vom 5.12.2018). Der KlĤger sei nicht gemäÃ∏ <u>§Â 2 Abs 2 Satz 1 SGB VII</u> als sog â∏Wieâ∏Beschäftigterâ∏ tÃxtig gewesen. Zwar sei seine objektivierbare Handlungstendenz im Zeitpunkt des Unfalls darauf gerichtet gewesen, wie ein Bauhelfer auf der Baustelle des Beigeladenen untergeordnete HilfstÄxtigkeiten zu verrichten. Obwohl er damit beschĤftigtenĤhnlich tĤtig geworden sei, sei der Versicherungsschutz zu verneinen, weil die Verrichtung wegen der Sonderbeziehung zum Unternehmer erfolgt sei. Es habe sich um eine selbstverstĤndliche Hilfeleistung aufgrund der jahrelangen Freundschaftsbeziehung zum Beigeladenen gehandelt. Die Motivation für das Tätigwerden habe darin bestanden, die langjährige Freundschaft zu pflegen und das System des gegenseitigen Helfens aufrechtzuerhalten. Auch der Umfang der Hilfeleistung stehe dem nicht entgegen, denn im Rahmen eines engen freundschaftlichen GemeinschaftsverhÄxltnisses kĶnnten auch TÄxtigkeiten von erheblichem Umfang und gröÃ∏erer Zeitdauer ihr Gepräge durch das

Gemeinschaftsverh \tilde{A} α ltnis erhalten. Kl \tilde{A} α ger und Beigeladener h \tilde{A} α tten die Hilfe als selbstverst \tilde{A} α ndlich angesehen.
Â
4
Der Kl \tilde{A} $^{\mu}$ ger r \tilde{A} $^{\mu}$ gt mit seiner Revision eine Verletzung des $\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$ \frac
Â
5 Der Kläger beantragt sinngemäÃ∏, Â
Â
6 Die Beklagte beantragt nach ihrem schriftlichen Vorbringen, Â
Â
7
Der Beigeladene hat keinen Antrag gestellt.
Â
8
Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung durch Urteil ohne m $\tilde{A}^{1/4}$ ndliche Verhandlung (\hat{A} § \hat{A} 124 Abs \hat{A} 2 SGG) einverstanden erkl \tilde{A} x rt.
Â
II
Â

Die zulĤssige Revision des KlĤgers ist nicht begrþndet und deshalb zurþckzuweisen (§Â 170 Abs 1 Satz 1 SGG). Zu Recht hat das LSG die Berufung des KlĤgers gegen das klageabweisende Urteil des SG zurþckgewiesen, denn der angefochtene Verwaltungsakt in dem Bescheid der Beklagten vom 28.5.2013 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 27.3.2014 ist rechtmäÃ∏ig. Der Kläger hat am 17.12.2012 keinen Arbeitsunfall erlitten.

Â

10

1. Im Revisionsverfahren ist nur noch $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber die kombinierte Anfechtungsklage und Verpflichtungsklage ($\frac{\hat{A}\$\hat{A}}{54}$ 54 Abs \hat{A} 1 Satz \hat{A} 1, $\frac{\hat{A}\$\hat{A}}{56}$ 56 SGG) zu entscheiden, mit der der Kl \tilde{A} ¤ger unter Aufhebung der angefochtenen Bescheide die Verurteilung der Beklagten zur Feststellung des Ereignisses vom 17.12.2012 als Arbeitsunfall begehrt.

Â

11

2. Der angefochtene Verwaltungsakt ist formell rechtmäÃ∏ig, denn die Beklagte war für das geltend gemachte Unfallgeschehen gemäÃ∏ §Â 121 Abs 1, §Â 114 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGB VII iVm Anlage 1 Nr 5 zu §Â 114 SGBÂ VII der zustĤndige VersicherungstrĤger. Die ZustĤndigkeit der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen gemäÃ∏ <u>§Â 129 Abs 1 Nr 3 SGB VII</u> war nicht gegeben. Hierfür müssten in Eigenarbeit nicht gewerbsmäÃ∏ig ausgeführte Bauarbeiten vorliegen, für die nicht mehr als die im Bauhauptgewerbe geltende tatsÃxchlich aufgewandt wurde. Diese Voraussetzung ist nicht erfüllt, weil die einzelne geplante Bauarbeit (§Â 129 Abs 1 Nr 3 SGBÂ VII) sich nach den Feststellungen des LSG aus ca 36Â Stunden TÃxtigkeit bis zu dem Tag der Verletzung, 3Â Stunden (Zierbalkenbefestigung) am Tag des Schadensereignisses sowie prognostisch 10Â weiteren Stunden beabsichtigte Spachtelarbeiten, die dann anderweitig vergeben wurden, zu insgesamt ca 49 Stunden Tätigkeit summierte. Dass die Arbeiten nach 36Å Stunden gewerblich vergeben wurden, führt nicht zu einer Zuständigkeitsverlagerung, die andernfalls von ZufĤlligkeiten abhĤngig wĤre. Welche Arbeitszeit als tatsĤchlich aufgewandt iS des §Â 129 Abs 1 Nr 3 SGBÂ VII gilt, ist sach- und nicht personenbezogen zu betrachten. Etwas anderes würde nur gelten, wenn die Arbeiten nach dem Schadensereignis â∏∏ anders als hier â∏∏ insgesamt aufgegeben werden (vgl BSG Urteil vom 11.10.1973 â $\Pi\Pi$ 2Â RU 196/71Â â $\Pi\Pi$ BSGEÂ 36, 203, 204Â = SozR Nr 6 zu §Â 657 RVO, juris RdNr 14).

Â

3. Zu Recht hat die Beklagte in den angefochtenen Bescheiden die Anerkennung des Ereignisses vom 17.12.2012 als Arbeitsunfall abgelehnt. Der Kläger hat keinen Arbeitsunfall iS des <u>§Â 8 Abs 1 Satz 1 SGB VII</u> erlitten, als er am 17.12.2012 Zierbalken im zukù⁄₄nftigen Esszimmer des Beigeladenen mit einem MeiÃ□el in die richtige Position schlug und sich durch einen gelösten Eisenspan am Auge verletzte.

Â

13

Arbeitsunfälle sind nach §Â 8 Abs 1 Satz 1 SGB VII Unfälle von Versicherten infolge einer den Versicherungsschutz nach §Â§Â 2, 3 oder 6 SGB VII begründenden Tätigkeit (versicherte Tätigkeit). Unfälle sind nach §Â 8 Abs 1 Satz 2 SGB VII zeitlich begrenzte, von auÃ∏en auf den Körper einwirkende Ereignisse, die zu einem Gesundheitsschaden oder zum Tod fļhren. Ein Arbeitsunfall setzt daher voraus, dass die Verrichtung zur Zeit des Unfalls der versicherten TÄxtigkeit zuzurechnen ist (innerer oder sachlicher Zusammenhang), â∏ dem Unfallereignis â∏ geführt hat (Unfallkausalität) und dass das Unfallereignis einen Gesundheitsschaden oder den Tod des Versicherten objektiv und rechtlich wesentlich verursacht (haftungsbegrå¼ndende Kausalität) hat (stRspr; vgl zuletzt BSG Urteile vom 15.12.2020 â∏ДÂ BÂ 2Â U 4/20Â RÂ â∏∏ zur Veröffentlichung in BSGE und SozR 4 vorgesehen, vom 6.10.2020 â∏∏ <u>BÂ 2Â U</u> 13/19 R â∏∏ RdNr 8, zur Veröffentlichung in SozRÂ 4 vorgesehen, vom 26.11.2019 â∏∏ <u>B 2 U 24/17 R</u> â∏∏ SozR 4â∏∏2700 §Â 2 Nr 52 RdNr 9, $vom 5.7.2016 \ \hat{a} \square \square \hat{A} \ \underline{B} \hat{A} \ 2 \hat{A} \ \underline{U} \ 5/15 \hat{A} \ \underline{R} \hat{A} \ \hat{a} \square \square \ \underline{BSGE} \ 122, \hat{A} \ 1 = \hat{A} \ SozR \ 4 \hat{a} \square \square 2700 \ \hat{A} \S \hat{A} \ 2$ Nr 35, RdNr 13 und vom 17.12.2015 â∏ BÂ 2Â U 8/14Â RÂ â∏ SozR 4â∏2700 §Â 8 Nr 55 RdNr 9; jeweils mwN).

Â

14

Der Klå¤ger erlitt zwar einen Unfall, als ein Eisenspan sein Auge von auå∏en traf und ihn verletzte. Er übte im Zeitpunkt der zum Unfall führenden Verrichtung jedoch keine in der gesetzlichen Unfallversicherung dem Grunde nach versicherte Tätigkeit aus. Er war weder als Beschäftigter gemäÃ∏ §Â 2 Abs 1 Nr 1 SGB VII (dazu unter a) noch als â∏Wie-Beschäftigterâ∏ iS des §Â 2 Abs 2 Satz 1 SGB VII (dazu unter b) oder wegen Selbsthilfetätigkeiten iS des §Â 2 Abs 2 Abs 1 Nr 16 SGB VII (dazu unter c) versichert. Es bestand auch keine Formalversicherung (dazu unter d) oder ein formales Versicherungsverhältnis (dazu unter e). Auch ein Anspruch auf Anerkennung des Arbeitsunfalls nach den Grundsätzen des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs besteht nicht (dazu unter f).

Â

15

a) Der Kläger war nicht Beschäftigter iS des <u>§Â 2 Abs 1 Nr 1 SGBÂ VII</u>. Eine nach <u>§Â 2 Abs 1 Nr 1 SGB VII</u> versicherte Tätigkeit als Beschäftigter liegt vor, wenn der Verletzte zur Erfüllung eines von ihm begründeten RechtsverhÄxltnisses, insbesondere eines ArbeitsverhÄxltnisses, eine eigene TÃxtigkeit in Eingliederung in das Unternehmen eines anderen nach dessen Weisungen (vgl §Â 7 Abs 1 SGBÂ IV) zu dem Zweck verrichtet, dass die Ergebnisse seiner Verrichtung diesem und nicht ihm selbst unmittelbar zum Vorteil oder Nachteil gereichen (vgl §Â 136 Abs 3 Nr 1 SGBÂ VII). Es kommt objektiv auf die Eingliederung des Handelns des Verletzten in das Unternehmen eines anderen und subjektiv auf die zumindest auch darauf gerichtete Willensausrichtung an, dass die eigene TÄxtigkeit unmittelbare Vorteile fļr das Unternehmen des anderen bringen soll (vgl BSG Urteil vom 19.6.2018 â∏ BÂ 2Â U 32/17Â RÂ â∏∏ SozR 4â∏2700 §Â 2 Nr 43 RdNr 15). Eine Beschäftigung iS des §Â 2 Abs 1 Nr 1 SGB VII wird daher ausgeübt, wenn die Verrichtung zumindest dazu ansetzt und darauf gerichtet ist, entweder eine eigene objektiv bestehende Haupt- oder Nebenpflicht aus dem zugrunde liegenden RechtsverhÄxltnis zu erfÄ1/4llen, oder der Verletzte eine objektiv nicht geschuldete Handlung vornimmt, um einer vermeintlichen Pflicht aus dem RechtsverhĤltnis nachzugehen, sofern er nach den besonderen UmstĤnden seiner BeschĤftigung zur Zeit der Verrichtung annehmen durfte, ihn treffe eine solche Pflicht, oder er unternehmensbezogene Rechte aus dem Rechtsverhältnis ausübt (vgl BSG Urteil vom 19.6.2018 â∏ BÂ 2Â U <u>32/17Â R</u>Â â∏∏ *SozR 4â*∏∏2700 §Â 2 Nr 43 RdNr 15).

Â

16

Der Klå¤ger wurde nicht im Rahmen oder in Erfå¼llung der Pflichten eines Beschå¤ftigungsverhå¤ltnisses tå¤tig. Nach den nicht mit zulå¤ssigen und begrå¼ndeten Rå¼gen angegriffenen und deshalb få¼r den Senat bindenden Feststellungen des LSG (vgl å§å 163 SGG) bestand zwischen dem Klå¤ger und dem Beigeladenen kein Arbeitsverhå¤ltnis. Es lag auch kein Rechtsbindungswillen vor, wie er få¼r einen Auftrag (å§å 662 BGB) erforderlich wå¤re. Ebenso wenig bestand zwischen dem Klå¤ger und dem Beigeladenen ein auftragså¤hnliches Rechtsverhå¤ltnis mit einklagbaren Erfå¼llungsansprå¼chen, denn der Klå¤ger half nur nach jeweiliger Absprache unter Berå¼cksichtigung seiner zeitlichen Må¶glichkeiten, ohne insoweit an Weisungen gebunden zu sein.

Â

17

b) Der Kläger war während seines Unfalls auch nicht als â∏☐Wie-Beschäftigterâ∏☐ gemäÃ☐ <u>§Â 2 Abs 2 Satz 1 SGB VII</u> versichert.

Voraussetzung einer â∏Wie-Beschäftigungâ∏ nach <u>§Â 2 Abs 2 Satz 1</u> SGBÂ VII ist, dass eine einem fremden Unternehmen dienende, dem wirklichen oder mutma̸lichen Willen des Unternehmers entsprechende Tätigkeit von wirtschaftlichem Wert erbracht wird, die ihrer Art nach von Personen verrichtet werden ka¶nnte, die in einem abhaxngigen Beschaxftigungsverhaxltnis stehen (vgl BSG Urteil vom 20.3.2018 â∏∏ <u>B 2 U 16/16 R</u> â∏∏ SozR 4â∏∏1300 §Â 105 Nr 6 RdNr 20 mwN). Eine versicherte â∏Wie-Beschäftigungâ∏ nach §Â 2 Absâ 2 Satzâ 1 SGBâ VII setzt deshalb voraus, dass hinsichtlich der Handlung die Merkmale einer abhĤngigen BeschĤftigung anstatt der Merkmale einer unternehmerischen, selbststĤndigen TĤtigkeit Ľberwiegen und keine Sonderbeziehung besteht, die der wesentliche Grund für die Handlung war (vgl Spellbrink/Bieresborn, NIW 2019, 3745, 3746). Zutreffend ist das LSG danach davon ausgegangen, dass die TÄxtigkeit des KlÄxgers unmittelbar vor dem Unfall zwar durch Merkmale einer abhĤngigen BeschĤftigung gekennzeichnet war (dazu unter aa), diese jedoch aufgrund der Freundschaft zum Beigeladenen und damit aufgrund einer eine versicherte â∏Wie-Beschäftigungâ∏ iS des <u>§Â 2 Abs 2</u> Satz 1 SGB VII ausschlieà enden Sonderbeziehung verrichtet wurde (dazu unter bb).

Â

18

aa) Die Tätigkeit des Klägers für den Beigeladenen entsprach dem Typus des Beschäftigten und nicht dem des â \square Unternehmersâ \square . Der Kläger verrichtete eine einem fremden Unternehmen, nämlich dem privaten Hausbau als Unternehmen des Beigeladenen dienende und dessen Willen entsprechende Tätigkeit von wirtschaftlichem Wert, die ihrer Art nach von Bauhelfern verrichtet werden kann, die in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis stehen (vgl dazu BSG Urteil vom 20.3.2018 â \square A BÂ 2Â U 16/16Â RÂ â \square D SozR 4â \square D1300 §Â 105 Nr 6 RdNr 20 mwN; Spellbrink/Bieresborn, NJW 2019, 3745, 3746Â ff mwN).

Â

19

Der Klå¤ger half beim Anbringen von Zierbalken im zukå¼nftigen Esszimmer und verrichtete damit eine Arbeit mit einem wirtschaftlichem Wert, weil der Beigeladene Aufwendungen ersparte. Der Beigeladene hå¤tte andernfalls die Gewerke kostenpflichtig an Handwerksbetriebe vergeben må¼ssen, wie dies als Konsequenz der Augenverletzung des Klå¤gers letztlich auch erfolgte. Die Tå¤tigkeit verrichtete der Klå¤ger auch fremdnå¼tzig und fremdbestimmt. Diese Merkmale liegen vor, wenn die Tå¤tigkeit mit fremdnå¼tziger Handlungstendenz erfolgt und im Hinblick auf Zeitpunkt und Art ihrer Ausfå¼hrung in Anlehnung an die få¼r Beschå¤ftigungsverhå¤ltnisse typische Weisungsrechte iS des å§å 106 GewO und damit eines einseitigen Leistungsbestimmungsrechts iS des å§å 315 BGB fremdbestimmt ist, ohne dass aber die få¼r eine Beschå¤ftigung im engeren Sinn

charakterisierende Eingliederung in den Betrieb vorlag ($vgl\ zum\ Merkmal\ der\ Eingliederung\ insb\ BSG\ Urteil\ vom\ 20.8.2019\ \hat{a}_{\square}^{\square}\hat{A}\ \underline{B}\hat{A}\ 2\hat{A}\ U\ 1/18\hat{A}\ R\hat{A}\ \hat{a}_{\square}^{\square}\ BSGE\ 129,\ 44\hat{A}=SozR\ 4\hat{a}_{\square}^{\square}2700\ \hat{A}\$\hat{A}\ 2\ Nr\hat{A}\ 51;\ BSG\ Urteil\ vom\ 19.6.2018\ \hat{a}_{\square}^{\square}\hat{A}\ \underline{B}\hat{A}\ 2\hat{A}\ U\ 32/17\hat{A}\ R\hat{A}\ \hat{a}_{\square}^{\square}\ SozR\ 4\hat{a}_{\square}^{\square}2700\ \hat{A}\$\hat{A}\ 2\ Nr\hat{A}\ 43\ RdNr\hat{A}\ 24;\ vgl\ Spellbrink/Bieresborn,\ NJW\ 2019,\ 3745,\ 3747).$ Hier handelte der Kl\tilde{A}\tilde{a}\tilde{g}er\ nach den Feststellungen des LSG mit fremdn\tilde{A}\tilde{4}\tilde{t}\tilde{t}\tilde{q}\tilde{t}\tilde{a}\tilde{d}\tilde{q}\tilde{t}\tilde{d}\tilde{e}\tilde{t}\tilde{d}\tilde{t}\tilde{d}\tilde{e}\tilde{t}\tilde{d}\tilde{e}\tilde{t}\tilde{d}\tilde{e}\tilde{t}\tilde{d}\tilde{e}\tilde{t}\tilde{d}\tilde{e}\tilde{t}\tilde{e}\tilde{t}\tilde{e}\t

Â

20

Der Kläger war auch nicht â \square unternehmerähnlichâ \square tätig. Nach den bindenden Feststellungen des LSG verrichtete er trotz seines Berufs als ausgebildeter Tischler bei der Ausführung der Holzarbeiten lediglich wie ein Bauhelfer auf der Baustelle des Beigeladenen untergeordnete Hilfstätigkeiten. Materialien und Werkzeuge wurden vom Beigeladenen gestellt, wobei dieser auch die Art und Weise der Ausführung der Gewerke vorgab. Die fachliche Qualifikation des Klägers als Tischler bei den Bauarbeiten kam nicht im Sinne einer unternehmerähnlichen Stellung zum Tragen. Denn es war dem Kläger nicht wie einem selbstständigen Handwerker þberlassen, einen konkreten Auftrag eigenständig auszuführen (zu den Kriterien der Tätigkeit â \square wie ein Unternehmerâ \square vgl BSG Urteil vom 20.3.2018 â \square BÂ 2Â U 16/16Â RÂ â \square SozR 4â \square 1300 §Â 105 Nr 6 = juris, RdNr 26 mwN).

Â

21

bb) Die Tätigkeit des Klägers erhielt ihr rechtlich maÃ☐gebliches Gepräge jedoch aus der Sonderbeziehung zum Bauherrn, dem Beigeladenen. Die zum Unfall führende Verrichtung wurde aufgrund der engen Freundschaft zu ihm vorgenommen. Diese Sonderbeziehung schloss auf der zweiten Prüfungsstufe der Wie-Beschäftigung (hierzu Spellbrink/Bieresborn, NJW 1999, 3745, 3749) eine versicherte â☐Wie-Beschäftigungâ☐ aus.

Â

22

Der Senat hat in stĤndiger Rechtsprechung das Vorliegen einer Wie-

Beschäftigung nach §Â 2 Abs 2 SGB VII verneint, wenn die konkrete Tätigkeit ihr GeprÄxge durch eine Sonderbeziehung des Handelnden zu dem Unternehmer erhÃxlt. Eine solche Sonderbeziehung, die eine beschÃxftigtenÃxhnliche TÃxtigkeit iS des <u>§Â 2 Abs 2 SGB VII</u> ausschlieÃ∏t, liegt bei Erfüllung von Verpflichtungen gesellschaftlicher, insbesondere familiÄxrer, freundschaftlicher, nachbarschaftlicher, mitgliedschaftlicher, gesellschaftsrechtlicher oder körperschaftlicher Art vor. Auch bei Vorliegen einer solchen â∏Sonderbeziehungâ∏ sind allerdings alle Umstände des Einzelfalls zu würdigen, sodass die konkrete Verrichtung auch auÃ∏erhalb dessen liegen kann, was im Rahmen enger Verwandtschafts- oder Freundschaftsbeziehungen selbstverstĤndlich getan oder erwartet wird (vgl BSG Urteil vom 19.6.2018 $\hat{a} \sqcap \sqcap \hat{A} \stackrel{BA}{=} 2 \stackrel{A}{=} U \stackrel{32}{=} 17 \stackrel{A}{=} R \stackrel{A}{=} \Pi \sqcap SozR \stackrel{4a}{=} \Pi \sqcap 2700 \stackrel{A}{=} \stackrel{A}{=} 2 Nr \stackrel{A}{=} 43 RdNr \stackrel{A}{=} 28)$. Entscheidend ist, ob die Tätigkeit als übliche Hilfestellung unter guten Bekannten, Verwandten bzw Freunden zu bewerten ist. Hierbei sind der zeitliche Umfang der Verrichtung, der Grad der GefĤhrlichkeit oder eine besondere Fachkompetenz des Handelnden zu berücksichtigen (vgl BSG Urteile vom 19.6.2018 â∏ <u>BÂ 2Â U 32/17Â R</u>Â â∏ SozR 4â∏2700 §Â 2 Nr 43 RdNr 29 und vom 20.3.2018 â∏ <u>BÂ 2Â U 16/16Â R</u> â∏∏ SozR 4â∏∏1300 §Â 105 Nr 6 RdNr 28; Spellbrink/Bieresborn, NJW 2019, 3745, 3749Â f mwN).

Â

23

Nach den bindenden Feststellungen des LSG (§Â 163 SGG) bestand zwischen dem KIäger und dem Beigeladenen seit 20Â Jahren eine freundschaftliche Beziehung. Die Motivation des KlĤgers zur Verrichtung der HilfstĤtigkeiten war es, diese Freundschaft zu pflegen und â∏ wie regelmäÃ∏ig praktiziert â∏∏ sich aus Freundschaft gegenseitig zu helfen. Der KlĤger und der Beigeladene sahen die Hilfsarbeiten â∏ auch in dem geplanten zeitlichen Umfang â∏ als unter Freunden â∏selbstverständlichâ∏ an. Die Arbeiten hielten sich auch objektiv noch im Rahmen der üblichen gegenseitigen Freundschaftsdienste bei einer langjĤhrigen intensiven Freundschaft dieser Art. Es handelte sich nur um eine relativ ungefĤhrliche Hilfestellung bei einfachen Gewerken in zeitlich begrenztem Rahmen, bei der die Qualifikation des KlAzgers nicht zum Tragen kam. Die RA¼ge des KlÄggers, das LSG habe die tatsÄgchliche WertschÄgpfung im Wesentlichen unberücksichtigt gelassen, ist jedenfalls unbegründet. Das LSG hat den Vortrag zur Wertschä¶pfung berä¼cksichtigt und in seine Erwä¤gungen eingestellt, wie sich aus seinen Urteilsgrļnden ergibt. Weder der Umfang noch der Gegenwert der Hilfeleistungen waren nach den Feststellungen des LSG mithin so erheblich, dass sie objektiv die durch die langjĤhrige Freundschaftsbeziehung geprĤgte TĤtigkeit als â∏unüblichâ∏ oder nicht mehr selbstverständlich erscheinen lieÃ∏.

Â

24

c) Die Tätigkeit des Klägers stand auch nicht gemäÃ∏ <u>§Â 2 Abs 1 Nr 16</u>

SGB VII unter Versicherungsschutz. Es ist nicht ersichtlich und auch nicht vorgetragen, dass der KlĤger TĤtigkeiten der Selbsthilfe bei der Schaffung Ķffentlich gefĶrderten Wohnraums verrichtete (vgl zu den Voraussetzungen zB Riebel in Hauck/Noftz, SGB VII, K §Â 2 RdNr 249 mwN, Stand 2/21). Im Ä□brigen wĤren die konkret angefochtenen Bescheide auch in diesem Fall rechtmĤÃ□ig und der KlĤger hĤtte keinen Anspruch auf Feststellung eines Arbeitsunfalls durch die Beklagte, weil für diese Entscheidung nicht die Beklagte, sondern der kommunale Unfallversicherungsträger nach §Â 129 Abs 1 Nr 6 SGB VII zuständig wäre (vgl Bieresborn in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VII, §Â 2 RdNr 361. Stand 8.12.2020).

Â

25

d) Versicherungsschutz während der Tätigkeit des KIägers beim Innenausbau bestand auch nicht nach den Grundsätzen der Formalversicherung. Der Gedanke der Formalversicherung basiert auf dem Vertrauensschutz desjenigen, der wegen der Aufnahme in das Unternehmerverzeichnis als Mitglied und zugleich als Versicherter unbeanstandet Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung entrichtet hat. Grundlegend hierfýr wäre zunächst die Anerkennung eines gesamten Betriebes oder der Person eines Unternehmers als versichert. Die Formalversicherung erstreckt sich auch auf Fälle, in denen einzelne nicht versicherungspflichtige Personen in den Lohnnachweis aufgenommen und bei der Bemessung der Beiträge berýcksichtigt worden sind (vgl BSG Urteil vom 3.4.2014 â\lim\beta \beta \beta \limb \be

Â

26

e) Auch bestand für den Kläger kein Versicherungsschutz aufgrund eines formalen Versicherungsverhältnisses, was voraussetzen würde, dass ein ggf rechtswidriger, aber wirksamer Verwaltungsakt der Beklagten das Bestehen einer Versicherung festgestellt hätte (vgl dazu BSG Urteil vom 3.4.2014 â∏ B 2 U 25/12 R â∏ BSGE 115, 256 = SozR 4â∏2700 §Â 136 Nr 6). Eine solche Regelung ist weder gegenüber dem Kläger noch gegenþber dem Beigeladenen ergangen.

Â

27

f) Die Beklagte war auch nicht verpflichtet, den Kläger nach den Grundsätzen des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs so zu stellen, als habe er während

seiner Tätigkeit beim Innenausbau unter Versicherungsschutz gestanden. Der sozialrechtliche Herstellungsanspruch setzt voraus, dass ein Sozialleistungsträger eine ihm gegenüber einem Berechtigten obliegende Pflicht aus dem Sozialversicherungsverhältnis verletzt, dem Berechtigten ein unmittelbarer (sozialrechtlicher) Nachteil entsteht und zwischen der Pflichtverletzung und dem Nachteil ein Ursachenzusammenhang vorliegt. Er ist grundsätzlich nur auf die Vornahme einer rechtlich zulässigen Amtshandlung gerichtet (umfassend zuletzt BSG Urteil vom 23.6.2020 â∏ B 2 U 5/19 R â∏ SozR 4â∏2700 §Â 202 Nr 1, auch zur Veröffentlichung in BSGE vorgesehen; iE Spellbrink in Kasseler Kommentar Sozialversicherungsrecht, SGB I, Vor §Â§Â 13-15 RdNr 31, Stand 112. EL Dezember 2020).

Â

28

Der sozialrechtliche Herstellungsanspruch kann auch aus der Verletzung des <u>ŧÅ 15 AbsÅ 2 HalbsatzÅ 2 SGBÅ I</u> folgen, nach dem sich die Auskunftspflicht der Auskunftsstelle auf alle Sach- und Rechtsfragen erstreckt, die für die Auskunftssuchenden von Bedeutung sein können und zu deren Beantwortung die Auskunftsstelle imstande ist (stRspr; vgl BSG Urteil vom 19.12.2013 â∏ B 2 U 14/12 R â∏ SozR 4â∏2700 §Â 140 Nr 1 mwN). Eine falsche Information in einem Merkblatt kann ebenfalls zu einer Verletzung der Beratungspflicht gemäÃ∏ §Â 14 SGB VII fÃ⅓hren (Spellbrink in Kasseler Kommentar Sozialversicherungsrecht, SGB I, §Â 13 RdNr 38, Stand 112. EL Dezember 2020).

Â

29

Vorliegend dýrfte ein eigener Herstellungsanspruch des Klägers bereits daran scheitern, dass eine fehlerhafte Auskunft oder Beratung ihm selbst gegenýber gerade nicht vorlag. Auch muss nicht entschieden werden, ob die Information in den von der Beklagten zur Verfýgung gestellten Merkblättern zur Versicherung von Personen, die bei privaten Bauarbeiten helfen, zutreffend oder unzulänglich war. Denn auch bei zutreffenden Hinweisen in den Merkblättern der Beklagten, dass Unfallversicherungsschutz nicht besteht, wenn Hilfsarbeiten aufgrund enger Freundschaft verrichtet werden, hätte der Kläger keinen Versicherungsschutz erreichen können, sodass ein sozialrechtlicher Nachteil aufgrund einer Fehlinformation ýberhaupt nicht entstehen konnte. Denn es bestand fýr ihn keine Möglichkeit, eine freiwillige Versicherung zu begrþnden, weil er nicht zum Personenkreis des §Â 6 Abs 1 SGB VII gehörte, für den eine freiwillige Versicherung möglich ist.

Â

30

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§Â 193 SGG</u>.

Erstellt am: 21.01.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024